

Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik

Einzelpreis 70 Heller.
(Einschließlich 5 Heller Porto)

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Druckerei u. Verwaltung: Drag 11, Telčanska 15 • Tel. 205, 31400, Nachdruck. (ab 21 Uhr): 33556 • Postamt: 57566

12. Jahrgang.

Samstag, 12. November 1932

Nr. 267.

Der Arbeitermord in Genf.

Ein Racheakt der korrupten Bourgeoisie.

Ueber das Blutbad in Genf und seine tiefen Ursachen wird dem SPD-Dienst in Berlin unter anderem geschrieben:

Um die Ursachen zu verstehen, muß man die Erziehung der Genfer Arbeiterklasse und der Kleinbürger kennen, die durch eine ungeheure Korruption in der von Familienliquen geführten Genfer Verwaltung schwer geschädigt worden sind. Im Verlauf der letzten beiden Jahre waren zahlreiche große Unterschleifen aufgedeckt worden, bei denen sich die Günstlinge der Bankiers und reichen Bürgerfamilien auf Kosten des Kantons und der Stadt die Taschen gefüllt hatten. Dann brach die Banque de Genève zusammen, wobei sich herausstellte, daß

fast sämtliche Ausschüsse große Kredite verspekuliert

hatten, an ihrer Spitze der damalige Präsident der Kantonalverwaltung, Morand. Die Sozialistenführer Dider und Nicole, beide Nationalräte, führten einen heftigen Agitationskampf gegen die korrupte Verwaltung, was der Sozialdemokratie bei den letzten Nationalratswahlen ein Mandat mehr einbrachte. Indessen war ihre meist persönliche Kampfmethode nicht immer sehr glücklich. Nicole, als Chefredakteur des Genfer Sozialistenblattes „Le Travail“, wurde in verschiedenen Verleumdungsprozessen von der Genfer Justiz zu hohen Geldstrafen verurteilt, während die Hauptschuldigen an den Korruptionsaffären nach Morands Tod ohne Strafe ausgingen. Eine ungeheure Hege gegen Nicole und Dider wurde von der faschistfreundlichen und der Bankierspresse betrieben. Auf Mittwoch abends hatte die berühmte faschistische „Union nationale“ zu einer Versammlung aufgerufen, in der sie durch öffentliche Auflage aus der Hege gegen die radikalen Sozialistenführer Dider und Nicole für ihre bisherige politisch einflusslose Allianz politische Geschäfte machen wollte. Die Vertreter der Sozialdemokratie im Stadtparlament verlangten ein Verbot dieser Versammlung, das von der Regierung mit dem Hinweis auf das Versammlungsrecht abgelehnt wurde. Darauf organisierte Nicole eine Gegendemonstration auf der großen Straße nach Carouge, in der das Versammlungsalakal liegt. Schon am Dienstag hatte sich die Kantonalregierung in Genf von der Bundesregierung in Bern Truppen ausgebeten.

Am Mittwoch-Nachmittag rückten 650 Mann der seit sechs Wochen in Lausanne eingezogenen Rekrutenschule in die Genfer Kasernen, die nahe dem Versammlungsalakal liegen. Am Abend fanden die Demonstranten sämtliche Zugangsstraßen zu dem Versammlungsalakal von Polizisten besetzt und mit Ketten abgesperrt. Nicole hielt eine Rede von den Schaltern mehrerer Parteifreunde, in der er nochmals die Korruption Revue passieren ließ und zum Volke der Strafe gegen die nationalfaschistische Hege aufforderte. Ein Kommunist forderte zur öffentlichen Revolution auf. Aber außer einigen Versuchen, die Polizisten hinter den Absperren zurückzutreiben, geschah nichts Gewalttätiges. Die Arbeiter machten ihrer Erregung lediglich in Aufrufen Luft. Die Demonstranten zogen im Gegenteil weiter vom Saal weg, während eine ungeheure Menge Reugieriger in die schmale Zugangsstraße zum größten Platz Genfs von der Carouge-Straße abgedrängt wurde. Trotzdem ließ der Chef der Genfer Polizei und Vorsitzende der Kantonalregierung, Martin, die Truppen alarmieren. Dessen erste Abteilung wurde von der Menge angegriffen. Es wurden den Soldaten teilweise die Stahlhelme und Waffen entzogen. Die Gewehre wurden zum Teil zerbrochen. Die jungen Rekruten in sympathisierteren zum Teil mit der Bevölkerung, da sie offenbar gar nicht wußten, wie sie sich zu verhalten hatten.

Der zweite Hilferuf brachte dann eine härtere Truppenmacht vor die große Ausstellungshalle, von der die Zugangsstraßen zum Carouge geht, deren Räumung das erste Truppenkontingent vergeblich versucht hatte. Etwa 50 von den 80 Soldaten, die in der Menge standen, konnten sich zu ihren Kameraden vor der Ausstellungshalle zurückziehen. Von dort wurde sofort mit einem leichten tragbaren Maschinengewehr

eine Salve quer über die Menge abgegeben ohne jede Ankündigung, sowie etwa 100 Schuß aus Infanteriegewehren. Die Menge

war völlig überrascht und glaubte zuerst, es handle sich um Feuer mit Pflanzpatronen. Als aber die Schreie und Schüsse sich verbreiteten, daß Tote und Verwundete das Pflaster bedeckten, zogen die Massen in alle Richtungen ab. Zwei Tote blieben sofort auf dem Platz. Die Verwundeten wurden in benachbarte Cafés transportiert und bald darauf in das nahe Kantonshospital, wo im Laufe der Nacht und des Mittwoch-Vormittags zehn Opfer ihren schweren Verletzungen erlagen.

Die Erklärungen Mottas, der am Mittwoch in Genf weilte und als Bundespräsident das Vorgehen des Militärs deckte, sowie die kraftstrotzenden Proklamationen der Genfer Regierung, nehmen jeden Zweifel darüber, daß man in Genf ein Exempel gegen die Arbeiter statuieren wollte.

Generalstreik

Gewerkschaften beschließen 24stündigen Streik.

Genf, 10. November. In seiner Sitzung am Donnerstag hat der Vorstand der Genfer Sozialistischen Partei beschlossen, den Samstag als Trauertag zu begeben. Der unter dem Vorsitz von Nationalrat Rossipet versammelte Ausschuss des Gewerkschaftsverbandes des Kantons Genf hat am Freitag abends mit 87 gegen 58 Stimmen, bei einigen Enthaltungen, beschlossen, für Samstag den Generalstreik zu erklären. Die Dauer des Streiks ist auf 24 Stunden beschränkt worden.

Ausnahmzustand.

Bern, 11. November. Der Bundesrat hat heute mit Rücksicht auf die Genfer und Lausanner Vorfälle beschlossen, sämtliche Zivilpersonen, die sich der in Artikel 3 des Militärstrafgesetzes aufgeführten Delikte schuldig machen, dem Militärstrafrecht zu unterstellen. Dieser Beschluß tritt heute in Kraft.

Auf Grund eines Beschlusses des Stadtrates werden heute um 16 Uhr in Morgens folgende Truppen mobilisiert: Stab des Kavallerieregimentes Nr. 1 und die Dragonerschwadronen 1, 3 und 4.

Die Nacht auf Freitag verlief in Genf und in der übrigen Schweiz in voller Ruhe. Trup-

Papen für Verständigung mit Frankreich.

Berlin, 11. November. Der Reichskanzler empfing heute nachmittag die deutschen und französischen Mitglieder des vierten Ausschusses der deutsch-französischen Wirtschaftskommission.

Der Reichskanzler wies in einer Ansprache darauf hin, daß zwischen Deutschland und Frankreich die privatwirtschaftliche Verständigung und Zusammenarbeit in vielen Industrien schon mehr Fortschritte gemacht und praktische Erfolge erzielt habe als zwischen anderen Ländern. Dies beweise schon, daß die französische und deutsche Wirtschaft zu einer Zusammenarbeit und Verständigung besonders geeignet seien. Er hoffe, daß die jetzige Tagung zu praktischen und schnellen Ergebnissen führe, denn die Krise und Arbeitslosigkeit verlangten schnelle Arbeit.

Der Reichskanzler schloß daran den Wunsch und die Hoffnung, daß die Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet günstige Auswirkungen auch auf andere Gebiete haben werde, insbesondere auf die Lösung der schwebenden politischen Probleme.

Unterredung Papen-Braun

ergebnislos verlaufen.

Berlin, 11. November. Wie das SPD-mel-der, hat bereits heute vormittags eine Unterredung zwischen dem Reichskanzler von Papen und dem preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun stattgefunden, in der die Besuche fortgesetzt wurden, zu einer Einigung über die Auslegung des Weimarer Urteils zu kommen. Die Unterredung dauerte über eine Stunde. Ueber den Inhalt der Besprechung wird offiziell nichts bekannt gegeben. Man hört nur, daß auf Wunsch des Reichskanzlers die Aussprache in der nächsten Woche fortgesetzt werden soll. Die Pause in diesen Verhandlungen ist bedingt dadurch, daß Reichskanzler von Papen jetzt seine

Reise nach Süd-Deutschland antritt. Aus der Vertagung der weiteren Aussprache scheint jedoch hervorzugehen, daß die strittige Frage der offiziellen Wiederernennung der preussischen Staatsminister in ihr Amt auch bei der Unterredung mit dem Reichskanzler bisher nicht bereinigt werden konnte.

Solidarisch mit Nicole.

Genf, 11. November. Der Zentralvorstand der Genfer sozialistischen Partei erklärte sich in einer Resolution mit Leon Nicole solidarisch, spricht ihm sein volles Vertrauen aus und verlangt seine sofortige Freilassung. Die Haftentlassung ist von der Untersuchungskammer wegen des kriminellen Charakters der Angelegenheit abgelehnt worden.

Der Aufruf der Schweizer Partei.

In dem bereits gestern erwähnten Aufruf der sozialdemokratischen Partei in der Schweiz heißt es:

Ein Massaker voll Bestialität hat sich Mittwoch in Genf ereignet. Eine von der Reaktion kommandierte Soldateska schoß mit Maschinengewehren in friedlich demonstrierende Volksmassen. Gegen diesen brutalen Arbeitermord, gegen diese Abhatschung im Stile faschistischer Vandalen erheben wir im Namen des schweizerischen Proletariats flammenden Protest. Der für ihre Rechte gegen eine durch und durch korrupte Bourgeoisie kämpfenden Genfer Arbeiterschaft bekunden wir unsere unverbrüchliche Solidarität und halten ihr die Treue. Unsere Parteifreunde treten sofort zusammen; sie werden den Organisationen Weisungen für die Solidaritäts- und Abwehraktionen erteilen. Die Sache der Genfer Arbeiter ist die Sache der Schweizer Arbeiter. Hoch die Solidarität! Nieder mit dem Faschismus!

Das zwölfte Opfer.

Genf, 11. November. Die Zahl der Todesopfer der Zusammenstöße vom Mittwoch abends hat sich auf zwölf erhöht. Heute nachmittags starb der bei den Zusammenstößen schwer verwundete Alois Kolly, ein 43jähriger verheirateter Mann aus Freiburg.

Reise nach Süd-Deutschland antritt. Aus der Vertagung der weiteren Aussprache scheint jedoch hervorzugehen, daß die strittige Frage der offiziellen Wiederernennung der preussischen Staatsminister in ihr Amt auch bei der Unterredung mit dem Reichskanzler bisher nicht bereinigt werden konnte.

Die demokratische Flut.

New York, 11. November. Die Gouverneurswahlen in den Vereinigten Staaten hatten, soweit bisher bekannt, folgendes Ergebnis: Gewählt wurden 26 demokratische und 4 republikanische Gouverneure.

Die letzten bekanntgewordenen Zahlen für die Kongresswahlen lauten: 314 Demokraten, 111 Republikaner, 4 Ländarbeiter.

Der neugewählte Präsident der Vereinigten Staaten Roosevelt erklärte am Donnerstag offiziell, daß es zumindest binnen zwei Monaten zu keiner Entscheidung betreffend die Befehung der Ämter und Funktionen im künftigen Kabinett kommen werde. Vom heutigen Tage bis zum 1. Jänner werde er den größten Teil seiner freien Zeit den Pflichten eines Gouverneurs des Staates New York widmen.

Die Schadenrohren.

Salt Lake City, 11. November. Der Senator für Salt Lake City, Reed-Smooth, der bei den Wahlen vom Dienstag nicht wiedergewählt wurde, erdteilte am Mittwoch aus der Stadt Davana auf Kluba nachfolgendes Telegramm: „Die große amerikanische Nation hat Ihnen den Lohn ausgezahlt, den Sie verdienen.“ Das Telegramm war unterzeichnet: Die kubanischen Zuckerproduzenten.

Senator Smooth hatte nämlich im Senate seinen Antrag auf Einführung eines hohen Zolltarifs für den Export von Zucker durchgesetzt.

Auf Kosten der Arbeiter?

Einige Bemerkungen zu den Forderungen der Staatsangestellten

In seinen Ausführungen vom 4. November, die sich mit dem Abbau der Staatsangestelltenbezüge beschäftigten, hat der „Sozialdemokrat“ bedauernd festgestellt, daß

„die Staatsangestellten noch im Kampfe gegen den drohenden Gehaltsabbau die Erkenntnis vermissen ließen, daß ihre Interessen nur im gemeinsamen Kampfe aller auf Lohn ober Gehalt angewiesenen Schichten vertreten werden können.“

Es kann keinen besseren Beweis für die Richtigkeit dieser Behauptung geben, als das neue Memorandum, das die Exekutive der Staatsangestellten dem Ministerpräsidenten vorgelegt hat. Dieses Memorandum würde in seiner Gesamtheit eine eingehende Analyse verdienen, die dann ergeben würde, daß sich die Exekutive, von der man doch mit Recht genaue Sachkenntnis verlangen dürfte, ihre Sache verdammt leicht gemacht hat. Was soll man etwa dazu sagen, daß das Memorandum allen Erstes vermeint, es könnte mindestens eine Milliarde jährlich an Steuerüberschüssen eingebracht werden. Wir haben selbst wiederholt auf diesen wunden Punkt in unserer Steuerverwaltung hingewiesen, aber so leichtlich mit Milliardensummen zu spielen, steht am wenigsten der Betronnung eines Staates an, dem eine gewissenhafte Budgetierung am allermeisten am Herzen liegen sollte. Wir wollen uns indes auf die Punkte des Memorandums beschränken, die vor allem den Widerspruch der Arbeiterklasse herausfordern müssen.

Die Exekutive will beim Landwirtschaftsministerium 4 Millionen K ersparen, beim Handelsministerium sage und schreibe 50.000 K, dafür aber an der Schule rund 70 Millionen, an die 9 Millionen beim Gesundheitswesen, aber auch über 18 Millionen an der sozialen Fürsorge. Wo sollen diese Ersparungen erzielt werden? An der Jugendfürsorge? An den Kriegsinvaliden? Diese Pläne ergänzen würdig die von uns bereits wiedergegebenen Forderungen, daß die Arbeitslosenunterstützungen streng kontrolliert und die Unterstellungen nach dem Genfer System eingestellt werden sollen. Glauben die Staatsangestellten, die sich von der Unzuverlässigkeit ihrer bürgerlichen „Freunde“ wohl zur Genüge überzeugt haben dürften, daß es ihnen die Unterstützung der sozialistischen Parteien gewinnen wird, wenn sie ihre Bezüge auf Kosten der Arbeitslosen, der fürsorgebedürftigen Jugend, der Kriegsverletzten retten wollen?

Aber noch interessanter sind die Vorschläge, die von der Exekutive zur Erhöhung der staatlichen Einnahmen gemacht werden. An erster Stelle dieser Vorschläge steht die „Erwerbssteuer“ für bisher begünstigte Konsum- und Kreditgenossenschaften“ bei Erreichung eines gewissen Reinertrags, wovon ein Ertragnis von 100 Millionen Kronen erwartet wird. Das ist mehr, als die besondere Erwerbssteuer im Ganzen ausmacht, womit neben dem unsozialen Charakter dieser Forderung auch ihr Unernst erwiesen ist. Die Genossenschaften sollen also wohl wie Aktiengesellschaften besteuert werden? Oder noch viel höher, da ja sonst die 100 Millionen Kronen unmöglich hereingebracht werden könnten. Aber wissen die Herren in der Exekutive nicht, daß Konsumgenossenschaften keine auf Gewinn berechneten Unternehmungen sind? Daß alle ihre Ertragnisse wiederum den Mitgliedern, also den Konsumenten zugeführt werden? Dabei nicht die Staatsangestellten selbst Konsumgenossenschaften geirindet, deren schärfere Besteuerung ihre oberste Landesvertretung nur verlangt? Es ist dies noch bei weitem nicht die gehässigste der Forderungen, die in dem Memorandum der Exekutive erhoben werden,

aber sie zeigt wohl am deutlichsten, wie hier die hohe Bürokratie mit den Interessen ihrer schlechtbezahlten „Standesgenossen“ ihr Spiel treibt.

Aber die Konsumenten sollen nicht nur durch Entzug ihrer Begünstigungen, sondern auch ganz unmittelbar zu Mehrleistungen herangezogen werden. Die Biersteuer soll nicht um 10, sondern um 20 h erhöht werden, was aus der trodenen Sprache der Bissen in verständliches Deutsch überfetzt, nichts anderes besagt, als daß nicht nur das Braupatent, sondern auch die Konsumenten durch die Biersteuererhöhung getroffen werden sollen. Eine Erhöhung der Fleischsteuer soll 200 Millionen K einbringen, was geradezu als eine Verdreifachung der Fleischsteuer hinausläuft. Dal ein solcher Kampf gegen den Gehaltsabbau einen Sinn? O ja! Sein Erfolg wäre nämlich, daß an Stelle einer progressiven Kürzung der Bezüge, welche die höheren Einnahmen schärfer anpaßt, eine verkehrt progressive Belastung der Konsumenten, also auch der kleinen Staatsangestellten, aber darüber hinaus der gesamten Bevölkerung treten würde.

Die Sozialdemokratie wird sich durch solche Mißgriffe, die dem Interesse der großen Masse der öffentlichen Angestellten selbst am allerwenigsten entsprechen, in ihrer grundsätzlichen Haltung keineswegs beirren lassen. Die Sozialdemokratie hat den Gehaltsabbau aufgeschoben, solange es überhaupt ging, sie hat, als es nicht mehr möglich war, der Frage auszuweichen, das Prinzip der sozialen Staffelung durchgekehrt, sie wird auch bei den weiteren Verhandlungen um die endgültige Fassung der Vorlage das Angestellteninteresse mit aller Kraft vertreten. Aber niemals wird sie ihre Hand dazu bieten, daß dieser Kampf auf dem Rücken der breiten Verbraucher Massen, auf dem Rücken der Arbeiter und Angestellten in der privaten Wirtschaft, auf dem Rücken der Arbeitslosen und Kriegsoffer ausgetragen wird. Die Staatsangestellten diesen Weg beschreiten, werden sie die Sozialdemokratie immer an ihrer Seite finden.

Japanische Blutjustiz gegen politische Gegner.

Drei Jahre Untersuchungshaft — dann lebenslangliches Zuchthaus.

Aus Tokio wird gemeldet: Der Prozeß gegen die im Laufe der letzten drei Jahre verhafteten Kommunisten ist zu Ende gegangen. Vier der Angeklagten sind zu lebenslanglichem Zuchthaus und weitere 178 zu verschiedenen Freiheitsstrafen zwischen 10 und 15 Jahren verurteilt worden.

Der Brüsseler „Peuple“ schreibt zu diesem furchtbaren Bluturteil:

Dieses unethische Urteil ist von der Furcht diktiert. Die japanischen Behörden, die der Festschrift der Linksoption während der letzten Jahre in Schreden versetzt hat, wollten zu einem großen Schlag ausfallen. Diese jungen, zu so schweren Strafen verurteilten Menschen haben kein großes Vergehen begangen und man mußte sie anklagen, sich gegen das Leben des Mikado verschworen zu haben.

Es muß übrigens berücksichtigt werden, daß in Japan alle, die Kommunisten, die Sozialisten, Anarchisten und sogar die Radikalen, unterschiedlos als Kommunisten bezeichnet werden.

Eine Mitarbeiterin des „Petit Parisien“, Andrée Dialis, die vor kurzem von einem mehrmonatigen Aufenthalt im Fernen Osten zurückkehrte, erzählte gerade dieser Tage, wie sehr ihr in Tokio die Sympathie auffiel, die der Magistrat gegenüber den jungen Rotschienen bewies, die mehrere hervorragende Politiker ermordet hatten, während die kommunistischen Angeklagten im Gefängnis mit äußerster Härte behandelt wurden. Vor sechs Monaten, zur Zeit der Durchreise der französischen Journalisten, waren mehrere dieser unglücklichen jungen Menschen in Gefängnis gestochen oder wahninnig geworden. Ihre Genossen führten fort, ihre Ideen vor einem Gericht, das erschlossen war, ihnen die höchstmöglichen Strafen aufzulegen, mit bewundernswürdigem Mut zu verteidigen.

Es handelt sich hier um Klassenurteile von nicht zu überbietender Schändlichkeit.

IRMGARD KEUN Gilgi eine von uns

Das hört nun keiner gern, daß er's leichter haben soll als andere. Sind ja nicht gerade schön und reißlos beglückend, die eignen Konflikte, aber dafür sollen sie wenigstens sehr einmalig und unter allen Umständen am schwersten sein. Pit faßt noch Gilgis Hand, legt sein bartes Jungengesicht in die weiche, fühlbare Fläche — kleiner Deduktionstempel, Pit? Männersehnsucht noch Frauenüberlegenheit? Na, Pit — — die weiche Handfläche unter seinem Gesicht rollt sich zur Faust, schlägt ihm leicht gegen's Kinn — „es geht jetzt gar nicht um uns beide, Pit, es geht um dritte. Weißt du, wo ich jetzt sofort fünfhundert Mark herkommen kann?“ Aufmerksam hört Pit zu, wie Gilgi von Hans und Hertha erzählt.

„... und zwei kleine Kinder, und ein drittes ist unterwegs...“
Unverantwortlich, diese laninchenhafte Fruchtbarkeit. Warum bekommen sie andauernd Kinder?

„Sie haben nur ein Bett, Pit.“
„Sie sollten die Kinder nicht zur Welt kommen lassen...“

„Sie haben kein Geld, Pit.“
„Es gibt Menschen, die zu schwach sind fürs Leben und die man darum ruhig freipieren lassen sollte...“

„Schwäche und Stärke machen noch längst nicht den Wert eines Menschen aus, Pit.“
„Aber ihre Lebensfähigkeit.“

„Aber nicht ihre Lebensberechtigung.“
„Die muß jeder sich selbst erwerben.“

„Die erwirbt man selbst nur, indem man anderen dazu verhilft.“
„Man muß ökonomisch sein, wenn man —“

„Man geizt sich arm, wenn man mit Hilfe spart.“
„Man soll nur denen helfen, für die Hilfe auch wirklich Hilfe ist.“

„Man soll jedem helfen.“
„Das ist nicht wahr.“
„Das ist wahr.“

„Humanitätsduselei.“
„Verpflichtung. — Hör' auf, Pit, es könnte sein, daß deine Dialektik meiner überlegen ist. Dialektik! Die jämmerlich — wo's um vier lebendige Menschen geht. Zuweilen sollen einem einzelne Menschen wichtiger sein als die Masse.“

Pit steht auf. „Ich selbst habe nichts — das weißt du ja — aber ich — will — zu meinem Vater gehen — vor vier Jahren habe ich ihn zuletzt gesehen...“

„Donnerwetter, Pit — das — würdest — du — tun?“

„Na, wenn du Geld brauchst — brauchst du's eben — und wenn du's richtig findest, Leuten zu helfen, dann wird's wohl schon richtig so sein.“ Pit greift nach seinem Hut — „wart' hier auf mich — in spätestens einer Stunde bin ich wieder zurück.“ Schon hört man keine Absätze eilig die steile Holzstiege hinunterflattern. Gilgi denkt nichts und tut nichts, fällt auf Pits Bett und schläft ein.

„Wach' auf, Gilgi — verdammt nochmal — wach' doch auf!“

„Pit — du?“ Gilgi reißt sich die Augen. „Ich habe furchtbaren Hunger — wie spät ist es?“

„Rund vier glaub' ich.“ Gott, Martin, was wird Martin denken — ich muß nach Hause — ja, was wollt ihr denn nur... „Hast du das Geld, Pit?“

„Ich war zu Hause — mein Vater war nicht da — hält einen Vortrag in Frankfurt. Da bin ich zu einem Freund...“

„Hast du das Geld?“

„Rein — bis morgen mittag vielleicht...“

„Das ist zu spät — Herzgott, jetzt ist keine Zeit mehr zu verlieren. Was kennen wir denn noch für kapitalträchtige Leute, Pit?“ Gilgi überlegt. Zu den Kronen gehen? Unmöglich. Sie würden mir ja das Geld vielleicht geben — aber wann? Nebermorgen oder nächste Woche. Die gehören ja zu den Leuten, die jedes Dreimarkstück erst „flüssig machen“ müssen. Den Pelzman- tel verlieren? Befürchte man doch sicher nicht genug. Und auch sonst täte man's nicht. Ist doch von Martin, der Mantel — und Martin darf mit der ganzen Geldsack nicht das geringste zu tun haben. „Halt — ich weiß...“

„Halt — ich weiß...“

„Halt — ich weiß...“

„Halt — ich weiß...“

„Halt — ich weiß...“

„Halt — ich weiß...“

„Halt — ich weiß...“

„Halt — ich weiß...“

„Halt — ich weiß...“

„Halt — ich weiß...“

„Halt — ich weiß...“

„Ach, ich dachte, Sie sind — — aber wenn Sie's nicht sind — ich will nichts gelogt haben, dann...“

„Vielleicht bin ich's“, meint Gilgi und macht ein geheimnisvolles Gesicht. Kann ja sein, daß man als Braut vom Herrn Longin die Dame Greif eher zu sprechen bekommt. Die Miene des Mädchens drückt laute Bestürzung und Eingeweihten aus. Es öffnet halb den Mund — will anscheinend etwas sagen — ploppert dann aber mit sichbarer Selbstüberwindung den Mund wieder zu und entfernt sich.

Gilgi sitzt und wartet. Wartet auf eine wild- fremde Dame, von der sie fünf- oder sechs- hundert Mark haben will. Außerdem ist diese fremde Dame ihre Mutter. Das ist merkwürdig. Viel merkwürdiger aber ist ihre tiefe, nicht zu erschütternde Gleichgültigkeit für diesen Begriff. Ist doch nicht normal — von Rechts wegen mußte sie doch auf-

geragt sein... nichts zu machen — man ist nicht aufgeregt. Ob das denn wirklich so was Wichtiges ist: Mutter! Ja, und wenn man überhaupt etwas für diese unbekannte Mutter empfindet — dann eine unerklärliche, aber nicht wegzuleugnende Abneigung. Gleich werd' ich sie sehn — das Herz bleibt ruhig. Hans und Hertha — sie muß mir Geld geben — das Herz schlägt schneller. Martin — was wird Martin denken, wo ich bin — das Herz setzt sekundenlang aus, und Gilgi wünscht, ohnmächtig zu werden. Fiebernde Ungeduld packt sie plötzlich. Fünf Minuten hat sie gewartet und glaubt, daß Stunden vergangen sind. Das Geld — Martin — keine Kinder — Gefängnis — und Martin wird warten. Und Gilgi kommt's vor, als wenn sie ein nie wieder gutzumachendes Verbrechen an Martin beginge. Die kleinen Kinder — was geht sie mich an! Der Hans kommt ins Gefängnis — soll er doch. Martin wartet — ich werd' erklären müssen — er wird nicht verstehen — warum sage ich hier? Heute soll' ich beim Arzt sein. Das Kind — vielleicht wird es so unordentliche schwarze Haare haben wie Martin und so dunkle Augen mit silbernen Lichtern — ich möchte gern so ein Kind — Martin, mein Liebling — Geld, fünfhundert Mark — ach, da ist es wieder, das ganze Durcheinander. Ich kann nicht mehr — Martin wartet... —

(Fortsetzung folgt.)

Die Kommunisten im Bunde mit dem Bürgerlum. Eine lehrreiche Gemeindevertreterkonferenz in Kaaden.

Gemeindevertreterkonferenzen sind bei den Kommunisten und den Bürgerlichen sehr beliebt, besonders dann, wenn die sozialdemokratische Kontrolle fehlt. Politische Giftmischereien und Exzesse der Dummheit lassen sich nicht vermeiden, wo eine so seltsame Bundesgenossenschaft auftritt. Hätte man das nicht schon früher gewußt, so erfährt man es aus dem Verlauf der Kaadener Gemeindevertreterkonferenz, über die eben jetzt in der kommunistischen „Bauernstimme“ ausführlich berichtet wird.

Herr Hadel, der als der einzige Parlamentarier an der Veranstaltung teilnahm, hatte kein kleines Forum: mehr als 200 Gemeindevertreter und 300 Gäste hörten seine Weisheit und alle Katschen ihm Beifall. Das werden jene seltsam finden, die da wissen, daß es im Kaadener Bezirk außer den kommunistischen noch sehr klaffendbewußte bürgerliche Gemeindevertreter gibt. Wenn man aber hört, was die Herren Bolschewiken ihren Zuhörern vorkreuzten, so weiß man, daß ihr Erfolg nur ihrer Charakterlosigkeit zuzuschreiben ist.

Da freischalten die Herren Bolschewiken in ihren Reden die Mittelständler; der Staat mache keine Politik für sie, sondern nur für die Reichen. Der Bauer verliere seinen „deutschen Boden“. Gegen diese Politik müsse sich das Kleinbürgertum mit Unterstützung der Bolschewiken, die sich zuweilen Marxisten schimpfen — zur Wehr setzen.

Nicht wenig ist, was in der von den Kommunisten vorgeschlagenen und von den guten Bürgern einstimmig angenommenen Entschlie- gung verlangt wird:

Es sollen sechs- und viermal soviel Czech- karten ausgegeben werden wie gegenwärtig. Auch die Kurzarbeiter sind auf Staatskosten zu unterstützen. Den Arbeitslosen seien Mietbeihilfen zu gewähren, die Notstandsarbeiten seien von der Regierung finanziell zu unterstützen. Das Gemeindefinanzgesetz müsse sofort beseitigt werden.

Gegen die Erfüllung dieser Forderungen wird schließlich — außer den Bürgerlichen,

einschließlich der Zuhörer des Herrn Hadel — niemand etwas einwenden.

Kennen sich die Kommunisten doch auch bei der Mittelbeschaffung gut aus:

Sie verlangen Streichung aller Steuerrückstände und vollkommene Steuerfreiheit der Kleinbauern, Gewerbetreibenden bis zu einem Reineinkommen von 18.000 K, Streichung der Steuer- rückstände bei den Kleinbauern und Gewerbetreibenden bis zu einem Reineinkommen von 30.000 Kronen. Die Umsatzsteuer sei zu beseitigen, die Erwerbsteuer herabzusetzen.

Und damit auch der Anschein des Ernstes nicht fehle, wird der Staat aufgefordert, die „achtzehnhalf Milliarden Steuer- rückstände“ sofort einzureiben, die die Reichen dieses Staates angeblich haben.

Daß die Kommunisten die Aufhebung des Gemeindefinanzgesetzes natürlich nicht zu dem Zweck fordern, die Gemeindefinanz zu er- mäßigen — das könnte ja auch im Rahmen des jetzigen Gesetzes geschehen — merken die ent- wickelten Zuhörer nicht. Sie starren auf den Goldbogen, den ihnen die kommunistischen Zauberer versprechen; sie erhoffen die Festigung und Wiebergeburt des Mittelstandes durch das Ein- greifen der bewährten „Marxisten“ aus den Reihen der KPD. Sie glauben die Lüge von den achtzehnhalf Milliarden einbringlicher Steuer- rückstände, weil diese Lüge erst die anderen Lügen und „Forderungen“ glaubhaft macht.

Nicht im Einführen des proletarisierten Kleinbürgertums zum Klassenkampfgedanken, nicht in der sozialistischen Aufklärung dieser Schichten erkennen die Kommunisten ihre Auf- gabe, sondern in der Förderung und Betonung kleinbürgerlichen Gesinnungen und Kleinbürgerlicher Eigenliebe. Sie prostituierten die Kommu- nistische Partei, sie prostituierten den Klassen- kampfgedanken, sie machen wegen einiger Stim- men Viechlein bei den Kleinbürgerlichen Schichten.

Schmäblicher wurde der Marxismus noch niemals verraten!

Englischer Vorstoß in der Schuldenfrage. Note an Amerika.

London, 11. November. (Reuter.) Sir John Simon hatte heute Unterredungen mit dem französischen, dem italienischen und dem belgi- schen Vorkäufer und informierte sie über den Sinn der Note, die die britische Regierung hin- sichtlich der Schulden an die Regierung der Ver- einigten Staaten von Amerika gesandt hat.

Der britische Vorkäufer in Washington Sir Ronald Lindsay hat gestern dem Staatssekre- tär Stimson die britische Note über die Kriegs- schuldenzahlung übergeben. Der Inhalt der Note wird nur veröffentlicht werden, wenn Stimson nach dem Studium der Note seine In- stimmung zu deren Veröffentlichung erteilen wird.

Frankreich assistiert.

Paris, 11. November. „Paris Midi“ läßt sich aus Washington melden, daß der fran- zösische Finanzattaché angezweifelt worden sei, un- verfügbar im Namen der französischen Regie- rung die Eröffnung von allgemeinen Ver- handlungen über die Kriegsschulden und bis auf weiteres die Aussetzung der am 15. De- zember fälligen 25 Millionen Dollar-Rate nach- zusehen.

Die Schuldner zahlen nicht.

Washington, 10. November. Das amerika- nische Schatzamt hat mitgeteilt, daß die Kriegs- schuldenzahlung Griechenlands im Betrage von 444.920 Dollar nicht eingegangen ist. Fer- ner teilt das Schatzamt mit, daß die unga- rische Regierung erklärt hat, sie sei nicht in- stande, die nötigen Auslandsdevisen zu beschaf-

fen, um die am 15. Dezember fälligen 40.729 Dollar zu bezahlen.

Keine Hoffnung? Demokraten gegen Schuldenstreichung.

Fayetteville (Arkansas), 11. November. (Reu- ter.) Anlässlich des Jahresfestes des Waffenstill- standsabschlusses hielt der Führer der Demo- kraten, Robinson, im Senate eine Rede, in der er erklärte: Wie es scheint, besteht die politische Voraussicht, daß die Regierung klar ihren unerklärlichen Standpunkt erkläre, daß die Kriegsschulden bezahlt werden müssen. Damit würde der Agitation ein Ende gemacht werden, welche bald die Reihen der An- hänger der Bewegung für eine Streichung der Schulden vermehren wird. Wenn der Präsident, sagte Senator Robinson, zum Ausdruck brin- gen würde, daß die bisher geltende Schul- denregelung endgültig sei, und nicht abermals überprüft werden werde, würde dies im bedeutenden Maße zur Stabilisierung der Ver- hältnisse in der ganzen Welt beitragen.

Deutsches Moratorium für familiäre Hypothekenschulden?

Berlin, 11. November. Wie die „Berliner Börsenzeitung“ meldet, soll das Reichsamt für eine Notverordnung beschlossen haben, die ein generelles Moratorium für alle Hypotheken mit Ausnahme der Aufwertungshypotheken bis zum 1. April 1934 ausspricht. Damit würde also die bisher nur für die Landwirtschaft bestehende generelle Kapitalstundung auch auf alle anderen Hypotheken ausgedehnt werden.

Wie das Contobiro hierzu erfährt, handelt es sich bei der Berücksichtigung um einen Ent- wurf, der dem Cabinet aber noch nicht vor- gelegt hat.

Der Stibrng-Prozess.

Jglau, 11. November. Der 23. Tag des Prozesses wurde mit der Verlesung der Zusage des Kanzlers des Präsidenten der Republik, Dr. Samal verlesen, derzufolge er bisher noch nicht von der Wahrung des Amtsgeheimnisses entbunden worden sei, jedoch bereit sei, als Zeuge vor Gericht zu erscheinen. Weiter wurde ein Bericht der Prager Polizeidirektion verlesen, der die Wahrsamkeit des Zeugen Haas betrifft.

Sodann wurde eine Reihe neuer Zeugen vernommen.

Der Zeuge Haas traf mit Esner in Prag im Restaurant „U Cizka“ zusammen. Auch ihm habe Esner gesagt, er hätte ein „Bekannt“, durch das er, wenn es zustande käme, auf lange Zeit versorgt sein würde. „Ich gehe als Zeuge gegen Firla“, sagte Esner. Der Zeuge führt an, daß sich Esner in ähnlicher Weise auch gegenüber Wilhelm Steidl und Paul Valenta geäußert hätte.

Dr. Kacin beantragt auch die Zeugenhaft Anton Jilecets, daß sich Esner wirklich beratt geäußert habe.

Sodann sagt der Zeuge Johann Kvidinsky, der Sekretär der Gewerkschaftsorganisation aus, der in der Kleinlandwirtschaftsgemeinschaft mit Esner angestellt war und mit ihm im selben Zimmer amtiert hat. Kvidinsky erklärt, man sei niemals durch die Türe vom Gange aus in das Büro Stibrngs gegangen. Diese Türe könne man nicht, wie es Esner dargelegt hatte, von der ersten Stiege aus öffnen.

Der Rest des Vormittags wurde der Verlesung des Beweismaterials gewidmet.

Steuerdefraudanten.

Právo Lidu“ beschäftigt sich in seiner gestrigen Nummer mit den Methoden, die tschechoslowakische Kapitalisten anwenden, um Steuern zu defraudieren. Insbesondere entwickelt sich diese Art von Steuerdefraudation im Rahmen von Konzernunternehmungen, die allgemeine Aktiengesellschaften sind. Die Eigentümer der Aktien sind vielfach unbekannt. Eigentümer kann eine Gruppe von Kapitalisten sein, die ihre Zentrale eventuell in der Hamburger Firma hat und welche Richtlinien für die Tätigkeit der Schwesterfirmen in Prag, Wien usw. gibt. Die Hamburger Zentrale bestimmt die Preise der Lieferungen zwischen den konzernierten Unternehmungen und ermöglicht solche Verschiebung der Gewinne ins Ausland, wodurch der Staat um einen Teil der Steuern betrogen wird. Ein Beispiel: Eine Prager Gesellschaft kauft Waren von der Schweserfirma in Hamburg. Die Hamburger Firma erstellt eine Rechnung nicht zu den laufenden, sondern zu höheren Preisen, so daß die Prager Firma einen geringeren Gewinn aufweist, als der Wirklichkeit entspricht. Es kommt vor, daß auch die Hamburger Firma nicht den tatsächlichen Gewinn versteuert, sondern ihn auf eine ähnliche Weise in ein Land verschiebt, das niedrigere Steuersätze hat.

Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes zur Weltreise.

Der Nachfolger Albert Thomas' im Amte des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes, Henry Butler, sprach am 11. November vor einigen Vertretern der Presse über die wichtigsten Fragen, die das Internationale Arbeitsamt gegenwärtig beschäftigt.

Die rein wirtschaftlichen Fragen, sagte Butler, sind mit den politischen aufs engste verknüpft und können erst gelöst werden, wenn die politische Unsicherheit beseitigt wird. Darum kommt der Abrüstungskonferenz auch vom Standpunkt der wirtschaftlichen Betrachtung eine große Bedeutung zu.

Die Weltarbeitslosigkeit von heute ist nicht jener Arbeitslosigkeit gleichzusetzen, die auch bisher immer Begleiterscheinung der Wirtschaftskrisen war. Man muß sich klar sein, daß es der technische Fortschritt ist, der auf fast allen Gebieten die Nachfrage nach Arbeitskraft herabgesetzt hat, und daß die Arbeitslosigkeit daher zu einem außerordentlich großen Teil nicht „reifen“, sondern technologische Arbeitslosigkeit ist. Im Jänner werden die Vertreter der Arbeiterschaft und der Unternehmerschaft verschiedener Länder in Genf zu einer Konferenz zusammenzutreten, und da wird zum erstenmal die Gelegenheit gegeben sein, die Frage von diesem Gesichtspunkt aus zu betrachten und internationale Erfahrungen auszutauschen; auch Amerika wird an der Konferenz teilnehmen.

Die Konferenz wird in diesem Zusammenhange insbesondere das Problem der Arbeitszeitverkürzung zu erörtern haben. Heute ist die Forderung nach der Verkürzung der Arbeitszeit nicht mehr eine „bloß soziale“ Forderung; sie wird nicht begründet — auch von der Arbeiterschaft selbst nicht — mit dem Wunsch nach längerer Freizeit, größeren Ruhepausen, besseren Erholungs- und Bildungsmöglichkeiten für den Arbeiter, sondern ihre Durchföhrung ist eine wirtschaftliche Notwendigkeit geworden. Es geht heute darum, großen Massen von Arbeitern Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen, und so sie wieder zu Konsumenten zu machen, und so auch den Staaten die schweren Lasten der Arbeitslosenunterstützung zu erleichtern. Man wird bei der Lösung der Frage die Interessen der einzelnen Länder und der einzelnen Produktionszweige berücksichtigen müssen, aber die Idee selbst wird sich durchsetzen müssen; Butler ist überzeugt, daß die Vorbereitungen im Jänner und die für den Mai vorgesehene Konferenz des Internationalen Arbeitsamtes selbstbestimmt nicht zu einem rein negativen Ergebnis führen werden.



Gemüse, wie es allen schmeckt...

Jedes Gemüse erhält höheren Nährwert, feineren Geschmack durch die reine, ausgiebige Vitello-Margarine. Servieren Sie etwas gebräunte Vitello in der Sauciere, rösten Sie die Bröseln mit Vitello, verwenden Sie Vitello zur lichten Einbrenne. So wird der einfachste Gemüsegang zum Genuß.

VO 16-30

Straßenschlacht in Chemnitz.

Ueberfall der Nationalsozialisten auf sozialdemokratische Versammlungsbesucher.

Chemnitz, 10. November. In Chemnitz kam es am Mittwoch abend zu zahlreichen folgenschweren Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und politisch Andersdenkenden. Nach einer Revolutionsfeier der SPD, an der etwa 3000 Personen teilnahmen, wurden die Versammlungsbesucher vor dem kaufmännischen Vereinshaus, in dem die Feier stattgefunden hatte, überfallen. Im Ru entwickelte sich eine gefährliche Straßenschlacht, in deren Verlauf von den Nationalsozialisten in die Menge geschossen wurde. Auf beiden Seiten gab es mehrere Schwere- und Leichtverletzte. Ihre Zahl konnte noch nicht festgestellt werden, da nur ein Teil in die Krankenhäuser gebracht wurde, während vor allem die Nationalsozialisten ihre Leichtverletzten selbst wegransportierten. Erst lange nach Mitternacht konnte die Ruhe wiederhergestellt werden. Ein Teil der Versammlungsbesucher mußte auf polizeiliche Anordnung in Saale bleiben und konnte erst in später Nachtstunde nach Hause gehen. Die polizeiliche Untersuchung ist noch im Gange.

Zu dem Vorfall erfährt der „Sozialdemokratische Pressedienst“ noch folgende Einzelheiten: Am vergangenen Montag war ein Nationalsozialist von Kommunisten niedergestochen

worden. Er ist am Dienstag seinen Verletzungen erlegen. Durch diesen Vorfall war die Stimmung in Chemnitz schon gereizt. Für Mittwoch hatten die Nationalsozialisten eine Totenfeier auf dem Friedhof geplant, zu der das Polizeipräsidium wegen des Demonstrierensverbotes nur eine Kranzdeputation zugelassen hatte. Trotzdem waren uniformierte Nationalsozialisten in Scharen nach dem Friedhof gekommen, wo schwere Zusammenstöße mit der Polizei erfolgten. Ueber die Gräber hinweg wurden die SA-Leute mit dem Gummiknüppel vertrieben. Zum Teil ging die Polizei mit gezogenen Pistolen gegen die SA vor.

Diese Vorgänge hatten die Stimmung bis zur Siebtheil erregt. Am Abend des 9. Novembers fand eine nationalsozialistische Versammlung statt und gleichzeitig die Revolutionsfeier der SPD. Die Naziverammlung war früher zu Ende und die SA zog gruppenweise vor das kaufmännische Vereinshaus. Dort wurden dann die ahnungslos aus dem Saale herausströmenden SPD-Anhänger überfallen. Es entwickelte sich ein furchtbares Gemetzel, das sich über mehrere Straßenzüge ausdehnte. Der nationalsozialistische Ueberfall war planmäßig organisiert. Das ergibt sich schon aus der Tatsache, daß Hornisten zum Alarm bliesen.

Das von Albert Thomas aufgestellte Programm für eine produktive Arbeitslosenfursohle im internationalen Maßstab gehe von der Erwägung aus, daß in manchen Ländern Kapital genug vorhanden ist, mit dem gewisse öffentliche Arbeiten in anderen, wirtschaftlich und technisch rückständigen Ländern — Straßenbau, Eisenbahnen, Drainierungsarbeiten — finanziert werden können. Die Frage wurde dem Sachverständigen vorlegt, die die Weltwirtschaftskonferenz vorbereiten. Die wirtschaftliche Kommission dieser Körperschaft hält den Plan für gut und für geeignet, der Arbeitslosigkeit in gewissen Maß entgegenzuwirken. Die Finanzkommission wird nun über den Weg, die nötigen Kredite aufzubringen, beraten müssen.

Alle diese Probleme haben für die meisten Länder Geltung, aber in jedem Land liegen im einzelnen die Verhältnisse doch anders; als Vertreter einer Institution, die im internationalen Maßstab zu arbeiten berufen ist, halte Butler es für unbedingt nötig, zu reisen und die Verhältnisse an Ort und Stelle zu studieren. In Zusammenkünften mit den Vertretern der Regierung, der Arbeiterschaft und der Unternehmerorganisationen der Tschechoslowakischen Republik habe er sich erst ein richtiges Bild von der Lage in diesem Lande machen können.

Dr. Czech und die deutsche Sozialdemokratie.

Die angegebene tschechische Zeitschrift „Právo Lidu“ beschäftigt sich in ihrer Ausgabe vom 9. November mit unserem Parteitag und dem Genossen Dr. Czech. Das Blatt schreibt:

Es war insbesondere der „Böder“, der von Zeit zu Zeit mit der Nachricht kam, daß in der deutschen sozialdemokratischen Partei Unzufriedenheit mit dem Minister Dr. Czech herrsche. In Wirklichkeit war es so, daß unzufrieden mit Dr. Czech die Hausbesitzer waren, welche in der Agrarpartei Dr. Kolas organisiert. Es wurde auch behauptet, daß die deutsche Sozialdemokratie unter dem Druck der Hakenkreuzler stehe und daß sie in Opposition übergehen wolle. Es kam der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie und es zeigte sich, daß die Partei voll hinter Czech steht und daß sie auch weiterhin bereit ist, in der Regierung zu bleiben. Diejenigen, welche wollten, daß die Partei in Opposition gehe, bildeten etwa ein Zwanzigstel aller Vertreter einzelner Organisationen. Der Parteitag der deutschen sozialdemokratischen Partei hat jenen die Freude verdröben, welche glaubten, daß der Parteitag der deutschen

Sozialdemokratie ihre Hoffnungen und Wünsche erfüllen werde. Hinter Czech steht seine Partei treuer als die Nationaldemokraten hinter Dr. Hodás oder Dr. Kramar, oder die Agrarier hinter dem Senator Franz.

Nach einer Seite hin war der Parteitag der deutschen sozialdemokratischen Partei interessant: er sollte nicht eine Logung sein, welche um jeden Preis die Einheit der Partei demonstrieren wollte, damit die anderen Parteien nur den feilschen Geist sehen. Die Diskussion war sehr lebhaft und hatte ihr hohes Niveau, was alles zeigte, daß es nur richtig wäre, wenn unsere Parteien von den Manifestationskongressen, Kongressen der Einheit, die vorher arrangiert sind, ablassen und zu Stätten würden, wo ein Austausch der Ansichten möglich wäre.

Czech hat auf diesem Parteitag gezeigt, daß er keine Partei hinter sich hat. Es ist nichts als seine Arbeit, welche ihm dieses Vertrauen geschaffen hat. Deswegen hat er auch sein Referat nicht rhetorisch angelegt, sondern einfach davon gesprochen, was er in seinem Ressort getan hat. Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie hat die Segner des Sozialismus schwer enttäuscht. Es wurde die Zusammenarbeit der beiden sozial-

Metallarbeiter, Achtung!

Die Auspörtung in der Karbider Stahlhütte dauert weiterhin an. Die Betriebsleitung verläßt durch Inzerate in der bürgerlichen Presse Metallarbeiter zu werden, die ihren kämpfenden Kollegen in den Rücken fallen sollen. Kein denkender Arbeiter folgt diesem Rufe!

demokratischen Parteien gestärkt, es wurde die aktivistische Linie der Partei genehmigt, es wurde Dr. Czech die Zustimmung ausgesprochen. Gemüß zur Enttäuschung derjenigen, welche davon träumten, daß die Partei den Czech dorthin schicken will, wo sie ihn haben möchten: aus der Regierung hinaus.

Verhaftung des ehemaligen Kommunistenführers Hanzlícel.

Teplý-Schönan, 11. November. Gestern früh wurde der bekannte ehemalige Kommunistenführer Karl Hanzlícel und ebenso die mit ihm im gemeinsamen Haushalt lebende W. Wára von der Gendarmerie verhaftet. Die Wohnung Hanzlícel's wurde verpfloffen und versiegelt. Die Verhaftung, über deren Ursachen sich die Gendarmerie, da die Untersuchung noch nicht abgeschlossen ist, nicht äußert, soll im Zusammenhang mit einem vor einigen Wochen in der Bahabteilung der Teplýher Bezirksbehörde erfolgten Einbruch stehen, bei welchem eine größere Menge von Reisepässen gestohlen wurde. Hanzlícel und Wára wurden noch im Laufe des gestrigen Tages dem Bezirksgerichte eingeliefert. Die Korrespondenz Hanzlícel's wurde beschlagnahmt und wird gegenwärtig von der Gendarmerie untersucht.

Gömbös

sucht wirtschaftlichen Anschluß.

Budapest, 11. November. Unterrichtsminister Domon teile u. a. mit, nach seiner Rückkehr aus Rom werde Ministerpräsident Gömbös auch in Wien und in Berlin Besuche abstatten, um dort mit den maßgebenden Stellen wegen des Abschlusses von neuen Handelsverträgen in Föhlung zu treten.

Standgerichte in Polen.

Das Zentralorgan der P.P.S. in Polen „Robotnik“ berichtet über die Häufung von Fällen, wo Minderjährige vor die Standgerichte gestellt werden. In letzter Zeit sind drei neunjährige und sogar ein sechsjähriger Jugendlicher hingerichtet worden. Zur Zeit findet vor dem Standgericht in Grodno ein Prozeß gegen einen Achtzehnjährigen statt.

In der Nummer des „Robotnik“ vom 5. November ist die juristische Ecke, die den Text der von den Sozialistischen Juristen in ihrer Laugung gefassten Resolution über die Standgerichte enthielt, konfisziiert worden.

Staatsangestelltegehälter werden auch in Frankreich gekürzt

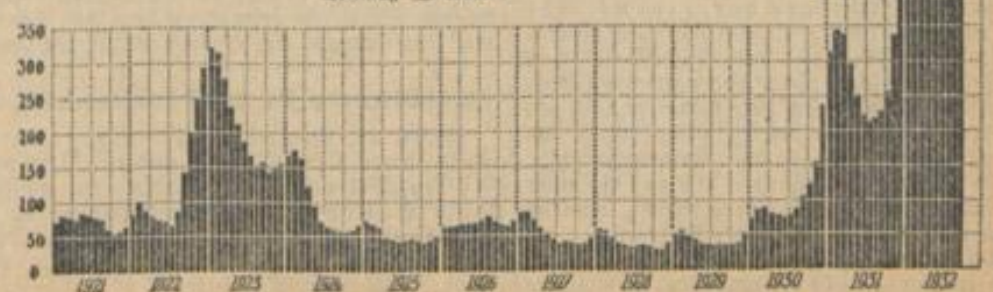
Paris, 11. November. Seit gestern tagt in Paris die Zentrale der Föderation, die sämtliche französische Staatsangestellten, die Vereine umfaßt. Die Verhandlungen, die hauptsächlich der geplanten Gehaltsherabsetzung gewidmet sind, nehmen einen lebhaften Verlauf. Einige Delegierte traten für einen Generalstreik ein, andere wiederum schlugen Sobotageaktion vor, doch hat es den Anschein, daß man zu weniger gewalttätigen Mitteln greifen wird. Eine Sonderkommission befaßt sich mit der Ausarbeitung eines Memorandums über die Möglichkeit von Ersparnissen bei dem Sachaufwande, z. B. durch Aufhebung der Sondervergütungen an führende Beamte, durch Herabsetzung der Diäten und vor allem durch Sparmaßnahmen in der Verwaltung, deren Ergebnis allein, wie behauptet wird, instande wäre, die geplante Gehaltsherabsetzung der Angestellten zu decken.

Die Arbeitslosigkeit in der Tschechoslowakei von 1921 bis 1932.

Das nachstehende Schaubild versinnbildlicht die Entwicklung der Arbeitslosigkeit seit 1921. Man ersieht daraus, daß es bis zum Herbst 1922 eine halbwegs gute Konjunktur gegeben hat und daß Ende 1922 die Arbeitslosenziffern anzusteigen beginnen. Das Maximum erreichte die Zahl der Arbeitslosen anfangs 1923, wo sich die Zahl der Arbeitslosen, die man an dem Schaubild vergleichen kann, zwischen 300.000 und 350.000 bewegte. Dann ging die Zahl der Arbeitslosen langsam zurück, Mitte 1924 begann wieder eine günstige Konjunktur, die bis Ende 1929 andauerte. (Im Winter 1926-27 verschlechterte sich allerdings die Lage auf dem Arbeitsmarkt.) Das rapide An-

steigen der Arbeitslosigkeit beginnt dann 1929 und erreichte seinen vorläufigen Höhepunkt im März 1932, da die Ziffer der Arbeitslosen, wie man in dem Schaubild sieht, nahe an die 650.000 heranreichte. Leider ist zu befürchten, daß diese Rekordziffer im Winter 1932/33 noch überschritten werden wird, wie wir erst vor einigen Tagen an dieser Stelle auszuführen Gelegenheit hatten.

Zeilmäß — 1000.



Tagesneuigkeiten

Eine neue deutsche proletarische Kulturorganisation.

Gründung eines Arbeiter-Esperantistenbundes in Auffsig.

Am 9. Oktober fand, wie uns jetzt mitgeteilt wird, im Volkshaus in Auffsig die konstituierende Versammlung des „Cehoslovaka Laborista Asocio Esperantista“ (Tschechoslovakischer Arbeiter-Esperantistenbund) statt. Der neugegründete Bund ist auf sozialistischer Grundlage aufgebaut. Ueber den Zweck und die Ziele des Bundes wird im Statut u. a. gesagt: „Praktische Verwendung des Esperanto im Interesse der freien Gewerkschaften, der Kulturorganisationen, sowie der gesamten sozialistischen Arbeiterbewegung.“

Esperanto wird innerhalb der internationalen Arbeiterbewegung immer mehr als brauchbares Verständigungs- und Kampfmittel erkannt. Eine Reihe von Organisationen benutzen Esperanto, welches leichter wie jede der sogenannten natürlichen Sprachen zu erlernen ist, als Geschäftssprache. So gibt z. B. die „Internationale Transportarbeiter-Föderation“, deren Organisationsgebiet sich über vierzig Staaten in allen fünf Erdteilen erstreckt, einen Pressebericht in Esperanto heraus. Einige Kulturorganisationen verwenden Esperanto gleichfalls in praktischer Weise. Die sozialdemokratischen Parteien einiger Länder, z. B. Schweden, empfehlen die Förderung des Esperanto. In der Tschechoslovakei enthalten sozialdemokratische Tageszeitungen schon seit dem Herbst 1931 lauthell Esperantotexte.

Arbeiter, die Esperanto beherrschen, haben die Möglichkeit, mit Klassengenossen in allen Ländern der Erde in Verbindung zu treten. Denn es gibt kein Land mehr, in welchem Esperanto keine Anhänger der organisierten Arbeiterschaft hat. Die Erlernung des Esperanto ist besonders jüngeren Genossen und Genossinnen zu empfehlen. Diese können es nicht nur im Interesse ihrer Organisation verwenden, sondern für sie wird schon in nächster Zukunft mehr Gelegenheit geboten werden, Esperanto persönlich praktisch zu gebrauchen. Jungen Genossen und Genossinnen ist deshalb die Erlernung der Weltsprache „Esperanto“ wärmstens anzuraten.

Auskunft über Esperanto und Arbeiteresperantobewegung erteilt der „Cehoslovaka Laborista Asocio Esperantista“, Auffsig, Lange-gasse 38.

Eine Nordtat in Hartmannsdorf.

Als am Dienstag nacht die vierzigjährige Fabrikarbeiterin, Albine Patzsch aus Hartmannsdorf, die bei der Firma Erich in Jungbuch beschäftigt ist, von der Arbeit nach Hause ging, lauerte ihr der 56 Jahre alte Ludwig Paar auf und versetzte ihr mit einem Beile mehrere Schläge über den Kopf. Die Patzsch stürzte zusammen und verschied wenige Minuten später an den schweren Verletzungen. Der Mörder flüchtete, doch konnte er bereits Mittwoch früh in Pollendorf verhaftet werden. Von der Gendarmerie zum Tatorte geführt, legte Paar ein Geständnis ab, dem zu entnehmen war, daß er durch längere Zeit mit der Patzsch ein Verhältnis unterhielt. Als er arbeitslos wurde, war es die Patzsch, die ihm regelmäßig unterstützte. Da in der letzten Zeit die geldlichen Forderungen des Paar immer reichlicher wurden, löste die Patzsch das Verhältnis mit ihm. Vor kurzem ging er die Patzsch abermals um Geld an, das ihm von derselben verweigert wurde. Daraufhin sagte er den Entschluß, seine ehemalige Geliebte umzubringen und führte Dienstag abends um 10 Uhr die furchtbare Tat aus. Der Täter selbst legte keine Reue an den Tag, im Gegenteil, seine Aussagen machte er mit einem erschreckenden Zynismus. Von Paar ist ferner bekannt, daß er sich während der letzten Zeit nur darauf verlegte, von den Unterstützungen seiner Geliebten zu leben.

Die Untat selbst hat im Orte begreiflicherweise große Aufregung verursacht und sie dürfte auf Wochen hinaus das Tagesgespräch bilden.

Erinnerung an einen sensationellen Mord.

Bologna, 11. November. (Stefani.) Hier starb heute der bekannte Arzt Augusto Murri. Augusto Murri wurde am 8. September 1841 in Fermo geboren. Seit vielen Jahrzehnten Professor an der Universität in Bologna, Mitglied zahlreicher gelehrter Gesellschaften des In- und Auslandes, unterließ keine Berufung in den Senat wohl wegen des Zusammenhanges seines Namens mit einer der berühmtesten Nordaffären. Am 2. September 1902 fand man nämlich den Satten der einzigen Tochter Murris, Grafen Francesco Bonmartini, tot in seiner bolognesischen Wohnung. Man glaubte anfangs an ein galantes Abenteuer des Grafen mit tragischem Ausgang, allein am 11. September bezichtigte der eigene Vater seinen einzigen Sohn, den Rechtsanwalt Tullio Murri, der Täterchaft, doch hatte sich dieser schon einen Tag vorher ins Ausland geflüchtet, stellte sich aber später dem Grenzposten der Carabinieri bei Ala. Ungefähr in den gleichen Tagen wurde die Kammerjungfrau Linda Murris, Rosina Bonetti, unter dem Verdacht der Ehehülfe verhaftet, während der junge Arzt Pio Raldi sich später als Mitäter deklarerte. Erst einige Monate später erfolgte die Verhaftung des angesehenen

Sturm über Amerika.

Tausend Todesopfer auf Kuba. - Verheerungen an der Küste des Staates New York.

New York, 11. November (Neuter.) Die von der Insel Kuba über den furchtbaren Uragan, der am Donnerstag auf der Insel gewütet hatte, einlangenden Berichte lassen, obwohl sie noch immer unvollständig sind, bereits den Umfang und den katastrophalen Charakter dieses Elementarereignisses erkennen. Es sollen mehr als 1000 Personen ums Leben gekommen sein. Der Orkan erreichte eine Stundengeschwindigkeit von 200 (?) Meilen in der Stunde und wütete mit besonderer Stärke in der Provinz Puerto Principe, wo er vor allem in den Städten Santa Cruz del Sul und Camaguey Tod und Verderben säte. Die die Stadt Santa Cruz vor den Necerestuten schützenden Dämme wurden durch den Uragan dem Erdboden gleichgemacht und himmelhohe Wellen überschwemmten die Stadt. Der Großteil der Bevölkerung fand jedoch genügend Zeit, aus den Behausungen zu flüchten. Die angerichteten Schäden sind außerordentlich groß. Die Bevölkerung mußte mit Entsetzen zusehen, wie im Hafen ein Schiff nach dem anderen unterging. In der Stadt Camaguey, wo die größte Zahl von Toten gezählt wird, wurde eine ganze Reihe von Häusern buchstäblich dem Erdboden gleichgemacht. Sämtliche Verbindungen sind unterbrochen.

Auch die Insel Jamaica wurde durch die Elementarkatastrophe ernstlich betroffen. Die gesamte Bananenernte wurde vernichtet.

Der Hurrikan über New York

New York, 11. November. Die Stadt New York wurde in den späten Nachstunden zum Donnerstag von einem stürmischen Hurrikan über-rascht, der eine Geschwindigkeit von 60 Meilen in der Stunde erreichte. Im Hafen und im Golf von New York wurden die sieben Meter hohen Wellen vom Sturm durcheinander gepeitscht. Sechs Lotsen waren gezwungen, an Bord der von ihnen gelenkten Dampfer zu verbleiben, die in entfernter gelegene Häfen führten, da sie nicht an Bord ihrer Vorkeschiffe gelangen konnten, mit denen sie zu ihren an der Küste gelegenen Vorkeschiffen fahren sollten. 140 Personen, die sich im Augenblicke der ersten mächtigen Windstöße an der Küste aufhielten, konnten nur mit Mühe und Not gerettet werden, da sie der Hurrikan, der von Westen herinbrach, zu Boden warf und die Gefahr bestand, daß sie ins Meer geschleudert würden. Sämtliche Weckend-Hütten und Sommerhäuser wurden in die See gefegt und abgeschwemmt. Auch die Küstenschiffahrt war ganz unterbrochen. Von der Küste des Staates New York wird eine ganze Reihe von Toten gemeldet. Das Unwetter blühte im Laufe des Donnerstags im Staate New York an Stärke ein, doch wütete es in unermindertem Maße an der Küste von Neu-England. Meldungen von der Atlantischen Küste zufolge hat dort im Süden der Sturm noch immer nicht nachgelassen und das Karibische Meer ist ebenfalls überaus stürmisch.

Polizei und Militär erhielten Befehl, sich auf Rettungsboote zu begeben, um die gefährde-

ten Passanten in den Gassen auf State Island zu retten, da diese von starken Meeresfluten unter Wasser gesetzt wurden. Es drohte die ernste Gefahr, daß die von ihren Behausungen abgeschnittenen Bewohner in jedem Augenblicke in die aufgewühlte See herabgejagt würden. In einigen Gassen auf State Island stand das Wasser bis zu einer Höhe von fast zwei Metern und auch die Landstraßen waren überschwemmt. Hunderte von Behausungen wurden unter Wasser gesetzt, ihre Bewohner sahen sich genötigt, nach höhergelegenen Stellen zu flüchten. In New York City warfen die stürmischen Fluten die Passanten zu Boden. Überall waren die Gassen von herabgerissenen Aushängetafeln bedeckt. Die Keller und Kanäle wurden überschwemmt und der Verkehr an einigen Stellen wurde unmöglich gemacht.

den Passanten in den Gassen auf State Island zu retten, da diese von starken Meeresfluten unter Wasser gesetzt wurden. Es drohte die ernste Gefahr, daß die von ihren Behausungen abgeschnittenen Bewohner in jedem Augenblicke in die aufgewühlte See herabgejagt würden. In einigen Gassen auf State Island stand das Wasser bis zu einer Höhe von fast zwei Metern und auch die Landstraßen waren überschwemmt. Hunderte von Behausungen wurden unter Wasser gesetzt, ihre Bewohner sahen sich genötigt, nach höhergelegenen Stellen zu flüchten. In New York City warfen die stürmischen Fluten die Passanten zu Boden. Überall waren die Gassen von herabgerissenen Aushängetafeln bedeckt. Die Keller und Kanäle wurden überschwemmt und der Verkehr an einigen Stellen wurde unmöglich gemacht.

Wolkenbruch in Calabrien.

Rom, 11. November. (Stefani.) Aus Reggio di Calabria wird gemeldet, daß Wolkenbrüche in der ganzen Provinz schwere Schäden verursacht haben. Insbesondere die Gebiete von Gioiosa, Jonico, Ardore und Grotteria wurden schwer in Mitleidenschaft gezogen. Mehrere Präden stürzten ein. Auch zahlreiche Gebäude, die dem Ansturm der hereinbrechenden Wassermassen nicht standhielten, stürzten ein und begruben Bewohner unter ihren Trümmern. Im Gebiete von Grottevia kamen neun Personen ums Leben, im Gebiete Mammola wurden sieben Personen getötet.

deckt wurde. Während des gestrigen Tages wurde eine Menge von etwa 5 Waggons gefördert. Die Bergbehörden in St. Pölten haben eine Kommission zur näheren Untersuchung nach Zistersdorf entsandt.

Ein Profit auf das Ende der Weltkrise!

Der Silberstreifen, den man vor ein paar Monaten der Welt eintreden wollte, ist verschwunden; aber etwas Technisches taucht auf dem Horizont (wenn man so sagen darf) auf: ein Schneeweiser Streifen, bei uns auch „Blume“ genannt: die schneeige Vorte am Krügerl Bier. Die Amerikaner haben den Roosevelt zum Präsidenten gewählt und damit wurde die fattsam bekannte Moralelufst zur Abwechslung einmal von den Gegnern der Prohibition gewittert. Fällt jetzt in USA das Alkoholverbot, dann wird uns alle, so orakeln die Neunmalweisen unter den kapitalistischen Stimmungsmachern, das Bier aus dem Wasser helfen. Durch Saff zum Sieg, durch Wein zum Sein, durch Rum zum Ruhm! Wenn wir nicht in einer so traurigen Zeit lebten, so könnte man wahrhaftig über den gemüthigen Dummlachen, den die kapitalistische Wirtschaft aus sich selbst entfesselt: so weit ist es mit ihr, nicht nur sozial und materiell, sondern auch geistig gekommen, daß sie jetzt einzig und allein von jenem Spiritus, der durch Rehlen zu fließen bestimmt ist, ihr Heil erwartet. Keinen anderen Weg sieht die Bourgeoisie zu ihrer Rettung offen, von nichts anderem erwartet sie sich augenblicklich mehr ihrer Restauration als vom Restaurant. Wenn das große Amerika wieder ungehemmt kaufen konnte, dann wäre ihnen um den Kapitalismus nicht mehr bange. Man wird kaum fehl gehen, wenn man vermutet, daß der Schamnstreifen ebenso rasch wieder verschwinden wird wie der Silberstreifen. Vorläufig aber bilden noch die Stammtische wie gebannt auf das Sternbanner und hoffen, daß es möglichst bald und gründlich nah werde. Am liebsten sähen es die Kapitalgevoaligen, wenn Amerika, nach rajchster Aufhebung der Prohibition, sich überhaupt nur von Alkohol nährte — denn je mehr geoffen wird, desto besser wird nicht nur das Befinden der Bierbrauer in aller Welt, sondern auch eben die Suberficht jener Krisentheoretiker und „Praktiker“, die sich von der Ausgiehung dieses „Heistes“ mitten im ärgsten Notwinter das Winaufwunder der zusammenbrechenden Wirtschaft versprechen.

Der lebensgefährliche Verzug der Rassenboten. Ein Rassenbote der Städtischen Sparkasse in Karlsruhe wurde abends von zwei Män-

nern niedergeschlagen, die ihm die Geldtasche mit 2000 Mark Inhalt raubten. Die Täter entflamen.

Das Ende einer Verleumdungslampagne. Während des Bergarbeiterputsches im Frühjahr haben die Kommunisten die Vertrauensmänner der „Union der Bergarbeiter“, insbesondere die Genossen Abg. Pohl und Sen. Jarolim, in der gemeinfachen Weise verleumdet und beschimpft. Die Hege hat nun mit folgender, in der kommunistischen Presse am 9. November veröffentlichten Erklärung ihren vorläufigen Abschluß gefunden:

Mit Bezug auf die im „Vorwärts“ und der „Internationale“ veröffentlichten Artikel, und zwar Nr. 140 vom 16. Juni 1932, unter der Ueberschrift „Löder bei Pohl“, Nr. 101 vom 28. April 1932 unter der Ueberschrift „Vergewaltigte Rechtfertigungsvorläufe des „Blud auf“ und Prospekt Pohl“, in Nr. 95 vom 21. April 1932 unter der Ueberschrift „Sträger Streik abgebrochen“ und „Aufruf der Revierkonferenz der Streikaußschüsse und der Vertreter der Schächte ohne Unterschied der Organisationszugehörigkeit“ und dem Bericht über die Revier-Einheitskonferenz erklärt die Redaktion des „Vorwärts“ und der „Internationale“, daß die in diesen Artikeln gegen Anton Jarolim, Ebinann, und Adolf Pohl, Obmannstellvertreter der Union der Bergarbeiter in Turn, erhobenen Beschuldigungen unwahr sind, daß sie daher die betreffenden Vorwürfe und Schmähungen mit dem Ausdruck des Bedauerns widerrufen und den Genannten hiermit volle Genugtuung leisten.“ Damit haben sich die Kommunisten neuerdings als Lügner selbst gebrandmarkt.

Die schwangere Geliebte ermordet. Die Nordkommission in Dortmund hat jetzt den Mordmord bei Liegen aufklärt und die Täter ermittelt. Die Tote ist die Ehefrau Schüler aus Liegen, die seit August dieses Jahres von ihrem Mann getrennt lebte. Die Ermordete hatte mit dem 23jährigen Lieben Stih aus Liegen ein Verhältnis unterhalten, das nicht ohne Folgen geblieben war. Stih hatte sich mit dem gleichaltrigen Glasergesellen Keemann verabredet, die Frau zu beseitigen. Die beiden lockten die Unglückliche in den Wald und führten dort die grauenvolle Tat aus. Sie wurden festgenommen und haben bereits ein umfassendes Geständnis abgelegt.

Rajilausbuben experimentieren mit Tränengas. Ein Mieter des Braunen Hauses im sechsten Wiener Bezirk, der Kaufmann Berthold Spielmann, machte der Polizei die Anzeige, daß durch das Schlüsselfach seiner Wohnung dieser Tage dreimal Tränengas eingeführt wurde. Die Polizei nahm auf Grund dieser Anzeige eine Hausdurchsuchung des Braunen Hauses vor und verhaftete ein Mitglied der Sturmabteilung, welches nach dem Verhör wegen Bedrohung der persönlichen Sicherheit und wegen des Verdachtes der Erpressung dem Wiener Landesstrafgericht eingestuft wurde. — Nach weiteren Verhören wurden noch drei Verhaftungen vorgenommen.

Die Zahl der Vollarbeitslosen in England ist nach einer Mitteilung des englischen Arbeitsministers um 20.000 vom 26. September bis zum 24. Oktober gestiegen. Die Gesamtzahl der als arbeitslos registrierten Personen betrug am 24. Oktober 2.747.006 und war um 111.005 Personen niedriger als am 26. September, jedoch um 20.914 höher als ein Jahr vorher.

Tragödie der Rot. In Banne-Fidel ereignete sich auf der Schachtanlage „Infer Freig“ ein schweres Unglück. Mehrere Personen wollten sich mit Handlaren für den Hausbedarf Schlammkohle holen. Sie hatten die Einfriedung überflogen, ein Tor eingedrückt und unterwühlten dann die Schlammkohlenhalde. Dabei geriet die Kohle in Bewegung und verschüttete fünf Personen. Ein 60jähriger Jubalide war sofort tot. Seine Frau und ein Schlosser erlagen später ihren Verletzungen im Krankenhaus. Eine Frau und ein junger Mann konnten mit weniger schweren Verletzungen von der Feuerwehrt und den Arbeitern der Zeche gerettet werden. Das Unglück gibt ein erschütterndes Bild von der Rot der Gewerkslosen, die ihr Leben aufs Spiel setzen müssen, um im loblensgegneten Ruhgebiet mit seinen riesigen Halbenbeständen ein paar Kohlen für den Ofen zu gewinnen.

Die Prohibition in den Vereinigten Staaten. In unserem gestrigen Leitartikel ist ein sinnförender Druckfehler enthalten. Es soll dort, wo von der Prohibition in Amerika gesprochen wird, richtig heißen: All diesen großen Sozialproblemen der Vereinigten Staaten gegenüber hat die Prohibition im Wahlkampf keine (nicht wie fälschlich steht: eine) große Rolle gespielt.

Anfängerinnen gesucht. In der „Hull-Schiner Zeitung“ vom 9. November d. J. finden wir folgende beachtliche Ankündigung:

Deutsche Exerzitienliste Pultschin. November: 14.—18. Jungfrauen (Opferstellen) 19.—23. Jungfrauen (Anfängerinnen)

Am 27. d. M. wird keine Geisteserneuerung stattfinden. Wir hoffen, daß da ein freundliches Wächeln kleinerer religiöser Anstöße finden wird.

Der rasende Tod. In Greiz fuhr ein Seppiger Bierkraftwagen infolge Verlegens der Bremsen gegen das Gebäude einer Gastwirtschaft und geriet durch die Explosion des Benzintanks in Brand. Das Auto und ein in der Nähe stehender Personentraktwagen verbrannten vollständig. Der Führer des verunglückten Autos wurde tot geborgen. Der Beifahrer erlag seinen schweren Brandwunden im Krankenhaus.

Teibisch Vincota ist Donnerstag nachmittags nach Festung des Offenbarungsbuches aus der Haft in Köln entlassen worden.

Barcelona als Luftschiffhafen? Dr. E. G. E. erklärt im Gespräch mit spanischen Luftfahrtfachverständigen, er würde es liebste begrüßen, wenn man in Barcelona Zeppeline bauen könnte. Barcelona wäre ein prächtiger Startplatz für Zeppeline nach Südamerika. Ein Zeppelin mit 50 Fahrplätzen und einigen Tonnen Fracht würde die Strecke Barcelona-Buenos Aires in 80 Stunden zurücklegen. Der Luftverkehr lässe sich viel regelmäßiger durchführen, als der gewöhnliche Schiffsverkehr. Gewiss seien die Fahrpreise höher, aber dafür sei auch die Geschwindigkeit größer. Ideal wäre es, wenn man als Start- und Landungsplatz für die Wintermonate Barcelona benutzen könnte, während Friedrichsdorfer für die Sommermonate in Betracht käme.

Koscewitsch-Kol. Die Pariser Modewelt hat auf die Wahl Koscewitschs zum Präsidenten der Vereinigten Staaten sofort mit einer neuen Modifikation reagiert, und zwar mit der Einführung der „Koscewitschen roten Farbe“, die am Donnerstag in den Auslagenfenstern der Pariser Modengeschäfte ausstrahlte. Die neue Farbe ähnelt in ihrer Nuance der Farbe der Rotweine.

So schlemmten sie.

Die Verschwendungssucht der Fürsten und Barone. — Ein Hochzeitsmahl im Jahr 1560. — Unvorstellbare Mengen wurden verpilgt.

Als Eberhard Graf von Württemberg im Jahre 1474 Barbara, die Tochter des Herzogs von Mantua heiratete, wurden auf seinem Schloss in Ansbach 14.000 Personen gespeist. Aus drei Springbrunnen floss der Wein, das er aus dem Blut der strotzenden Bauern gekeltert war, sah man ihm nicht an. — Ein Jahr später vermählte sich Georg der Ältere von Bayern mit der Tochter des Herzogs Albrecht von Brandenburg. Der Schwiegervater brachte zu dieser Hochzeit nicht weniger als 1300 Pferde mit, die den reitenden Hochzeitsgästen und ihrem Gefolge gehörten. Die Braut selbst trug ein über und über mit Diamanten besetztes Gewand. Auf ihrem Haupte prangte eine Krone von nie dagewesener Größe. Die Brautjungfern waren in roten Atlas gekleidet und ihre Gewänder waren mit Perlen besetzt.

Die prächtigste Hochzeit, die es wohl je in deutschen Gebieten gab, leistete sich Magdalena, die Tochter des Herzogs Georg von Sachsen. Sie heiratete den Herzog Joachim von Brandenburg und feierte ihre Hochzeit fünf Tage und fünf Nächte lang. 22 Fürsten, 10 Fürstinnen, 5 Prinzen und 26 Grafen waren mit nicht weniger als 2084 Pferden gekommen, um der Braut zuzutrinken. Der Brautvater übernahm die gesamten Hochzeitskosten. Er selbst trug goldene Ketten auf sich, die 20.000 Gulden wert waren. „Nur der Saum war die gemeinste Tracht“, heißt es in der alten Chronik, die darüber berichtet. Was man damals aß und trank, ist leider nicht bekannt; wir können eine andere Hochzeit anführen, von der alle dabei verzehrten Lebensmittel genau feststehen.

Für die Vermählung des Grafen Günther von Schwarzenberg, die im November des Jahres 1560 stattfand, wurde folgendes eingeliefert: 700 Malten Korn (ein Malte bestand aus vier Scheffeln), 120 Gänse, 100 Rehe, 150 große und kleine Schweine, 820 Hähne, 20 Auerhähne, 350 Ferkel, 80 Rehbock, 200 Kapaunen, 600 Hahnen, 85 Schöck Kramersvögel, 155 weiße Hühner, 20 Schwäne, die einzeln gemästet worden waren, 24 Spanferkel, 24 Hühner, 14 Schöck anderer Vögel, 8 Schöck Wildgänse, 100 Hammel, 100 Lämmer, 45 Schöck zahme Vögel, 350 Schöck Eier (das sind rund 200.000 Stück!), 175 Schöck Tauben, 25 Spanferkel brennt gebraten, 200 Seiden Sped, 8 Kinder geräuchert, 40 Schweine geräuchert, 24 Kalber ein Jahr alt, 40 Kalber im Säuglingsalter, 4 Tonnen Schmalz, 8 Tonnen Butter, 7 Fäß Wein, 10 Fäß Bier, 20 Fäß eingemachtes Wildpret, 720 Schöck große Karpfen, 21 Zentner Heide, 85 Schöck Kälbe, die gleiche Menge grüner Forellen, sieben Fuder Krebse, 20 Stüben (?) Schmerlen, 24 Tonnen kleiner Gemangische (eine heute nicht mehr feststellbare Bezeichnung), 10 Schöck Krugweine, 30 Schöck Paradiesäpfel, 3 Tonnen gelbes und rotes Salz, 2 Tonnen Pfeffer, 1 Ballon Schollen, 3 To. in Korb, 4 Tonnen Regen, 3 Tonnen Hering, 3 Schöck gedörrte Lampretten, 3 Schöck Pfannkuchen, 1 Tonne Honig, 13 Zentner Wachs, 2 Zentner Späne für Beheizung, 3 Zentner Reis, 3 Zentner Hirse, 10 Zentner Amalant, 1 Zentner Kirchenmus, 121 große Parmesanstücke, 700 Holländerkäse, 4 Körbe Rosinen, 1 Butte Oblaten, 700 Kronen für verschiedene Judenwaren, außer Haus angefertigt, 200 Taler für Zwiebeln, 700 Taler für Heizung (weil es gerade stark froh) und 4800 Taler für die Pferde der Gäste.

Was die Getränke anbelangt, so wurden angeschafft: 20 Fäß Maloasier, 25 Fäß Rotwein, 25 Fäß anderer Weine vom Rhein, 20 Fuder Würzburger Wein, 6 Fuder Redarwein, 12 Fäß Freiburger Bier, 24 Tonnen Hamburger Bier, 12 Fäß Elmberger Bier, 12 Fäß Braunschweiger Bier, 6 Fäß Gose, 6 Fäß Windschöler, 10 Fäß Krüdenbier, 30 Fäß Zellischer Bier, schließlich noch 200 Fäß Spieghel für das „gemeine Volk“. Dazu kamen noch 45.000 Taler für neue Ausrüstung der Bediensteten im Schloß selbst, 5500 Taler für Stellungen, 1000 Taler für Geschütz und Tischzeug nebst Teppichen.

Neben diese Speisefarte muß man einmal die Lebensverhältnisse halten, unter denen der größte Teil der damaligen Bevölkerung dahinvegetierte. Mehr als einen Raum hatte fast kein Bauer zur Verfügung. Brot war die Hauptnahrung. Ein Fleischtag gleich einem Fest. Auslan-

Der Gelehrtenschreibtisch.

Was gibt es neues in der Wissenschaft.

Im Kopenhagener Jensen-Institut, der berühmten Forschungsinstitute für die Heilwirkung von Strahlen aller Art, erprobte man die sogenannten Grenzstrahlen, nach ihrem Entdecker auch Buch-Strahlen genannt, an etwa 700 Kranken, um über ihren zuweilen angewiesenen Heilwert ein möglichst sicheres Urteil zu gewinnen. Grenzstrahlen sind „weiche“ Röntgenstrahlen; sie haben eine größere Wellenlänge als alle im Weltwesen sonst benutzten Lichtstrahlen. Ihre wichtige Besonderheit ist, daß sie nur auf die oberflächlichen Hautschichten wirken und umso weniger tief dringen, in je geringerer Dosis sie angewandt werden. Die schwächste Dosis wirkt nur auf die Oberhaut, eine bedeutungsvolle, kaum einer anderen Strahlenart eigenständige Eigenschaft. Erhöht man die Dosis, so dringen die Strahlen zu tieferen Hautschichten. Auf diese Weise kann der Arzt jenen, welche Hautkrankheiten zu behandeln will, Ausschlag, Schuppenflechte, Lupus und andere Hauterkrankungen wurzeln in verschiedenen, durch richtig abgestimmte Grenzstrahlen-Behandlung zu erreichenden Hautschichten.

Wenn auch nur verhältnismäßig wenige Menschen sich heute den Genuß von Forellen leisten können, so hat der Lebendbestand dieses Edelwildes doch eine nicht zu unterschätzende wirtschaftliche Bedeutung. Was die Preussische Lehr- und Versuchsanstalt für Forellenzucht in Albaum (Westfalen) hierüber festgestellt, ist umso beachtlicher, als die Grundzüge der Lebendzucht, die für Forellen gelten, auch auf andere Fische übertragen werden können. Um die Fische lebend von einem Ort an den anderen zu schaffen, führte man den Wasserbehälter, die mit ihrer schwimmenden Last in die Eisenbahnwagen gestellt wurden, Sauerstoff zu, ein zweckmäßiges, aber ziemlich kostspieliges Verfahren. Neuerdings ging man dazu über, im Wasser dadurch Sauerstoff zu erzeugen, daß man dem Lebenselement der Fische Wasserstoffsuperoxid zusetzte, von dem sich Sauerstoff abspaltet. Hierbei ist darauf zu achten, daß der Wasserstoffsuperoxid-Zusatz nur gering ist, weil er den Fischen sonst schädlich wird. Da die Praxis zu keinem einhelligen Urteil über das Verfahren gelangte, wurde eben jene Versuchsanstalt veranlaßt, die Angelegenheit wissenschaftlich zu erforschen. Als Ergebnis wurde festgestellt: Auf kurze Strecken lassen die Forellen sich zweifellos lebend befördern, wenn das Transportwasser mit Wasserstoffsuperoxid angereichert ist. Nur muß verhindert werden, daß zuviel Sauerstoff sich entwickelt und daß etwa Schwankungen in dem Sauerstoffgehalt auftreten.

Wenn die Milch den Kindern einmal nicht schmeckt, erklärt manche Mutter: „Das liegt

bische Delikatessen kannten sie nicht einmal vom Hörensagen. Der ein Pferd hatte, war schon besättert zu nennen. Mehrere Tage in der Woche mußten sie für den Herrn arbeiten, ohne Lohn dafür zu bekommen. Mit einem Wort: Es war die „gute, alte Zeit“.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Internationaler Bund der Privatangestellten.

Der Internationale Bund der Privatangestellten, dem zur Zeit 900.000 Mitglieder angehören, hielt am 17. Oktober in Berlin eine Vorstandssitzung ab, die u. a. eine Entschließung annahm, die sich gegen alle Behinderungen des Handels in Form von Kontingenterungen, Einfuhrverboten, hohen Einfuhrzöllen usw. aussprach.

Der Vorstand beschloß, im Jahre 1933 in Prag eine Konferenz der Jugendleiter der verschiedenen Länder zur Aufstellung eines internationalen Jugendbeschäftigungsprogramms für junge Angestellte abzuhalten.

Was die Aktion in Genf betrifft, so wurde festgestellt, daß, nachdem von der letzten Sitzung der Beratenden Angestelltenkommission des Internationalen Arbeitsamtes die Fragen der Arbeitslosigkeit, der Konkurrenzklause und der in Lohndienst stehenden Erfinder besprochen wurde, nunmehr die Fragen der Sonntagsruhe, des Lohndienstes, der Ferien, des Jugendschutzes und der rechtlichen Stellung der Handelsreisenden auf die Tagesordnung gesetzt werden sollen.

England schließt sich weiter vom Ausland ab.

Im englischen Unterhaus wurde in den letzten Tagen eine große Debatte über die Verhängung der Arbeitslosigkeit abgeführt, in der bedeutende Führer der Arbeiterpartei wiederholt das Wort ergriffen. Während dieser Debatte teilte der Arbeitsminister Major Elliot mit, daß die Politik der Abschließung Englands vom Weltmarkt insoweit weiter fortgesetzt wird, als vor allem die Einfuhr von Lebensmitteln sowohl aus den Dominions, als auch aus dem übrigen Ausland weiter gedroht wird. Gegenwärtig finden Verhandlungen mit Dänemark, Holland, Schweden, Lettland und den anderen skandinavischen Ländern wegen der Reduktion der Einfuhr von Fleisch statt. Australien und Neuseeland sollen bereits einer Herabsetzung der Gefrierfleischzufuhr von 10 Prozent zugestimmt haben. Ebenso haben die südamerikanischen Importeure eine Herabsetzung der Einfuhr verschiedener Fleischsorten um 10 Prozent zugestanden.

daran, daß die Kühe jetzt nicht mehr im Stall gefüttert werden, sondern auf die Weide gehen.“ Ein solcher Uebergang findet naturgemäß im Frühjahr statt. Welchen Einfluß auf die Milchbeschaffenheit hat er? In der Preussischen Versuchsanstalt für Tierzucht in Tierzucht in Ischnitz (Schlesien) wurden 35 Kühe unter Ausschaltung aller erdenklichen Fehlquellen einige Zeit zuerst im Stall und dann auf der Weide gefüttert und die hierbei auftretenden wechselnden Milchleistungen sorgfältig untersucht. Man maß und analysierte die Milch im April, als die Tiere noch Stallfutter fraßen, und dann von Anfang Mai bis Juni, als sie sich von Weidefutter nährten. Alle Kühe lieferten weniger Milch, sobald sie aus dem Stall ins Freie kamen. Bei einem Tier betrug der Rückgang des Milchertrages volle 59 Prozent der Anfangsleistung. Zugleich wurde die Milch aber, wenigstens für einige Zeit, erheblich fetter. Ebenfalls schwankte der Milchzucker in der Uebergangszeit erheblich. Die Untersuchungsstelle schlägt vor, während der letzten Wochen der Stallfütterung eine „Uebergangsfütterung“ einzulegen, während der das Tier sich auf das zu erwartende Grünfutter vorbereitet. Da der Nährstoffgehalt der Weidenahrung wechselt, ist übrigens auch bei ihrer Anwendung einige Ungleichheit der Milch-erzeugung nicht zu vermeiden.

Der Flieger wird unfähig, seine Glieder zu bewegen, sobald er in jene Höhe kommt, in der das Barometer nur 300 Millimeter Quecksilber anzeigt. Schon vorher fällt das Arbeiten ihm immer schwerer, je höher er steigt. Was ist die Ursache? Fühlt dem fliegenden Menschen der Sauerstoff, dessen Menge mit der Höhe abnimmt, oder ist der verringerte Luftdruck dem auf einen tieferen Luftdruck eingestellten Organismus unzutraglich? Im Physiologischen Institut der Universität Cambridge suchte man die Frage zu klären, indem man die Versuchsperson in eine „pneumatische Kammer“, das ist einen Raum brachte, dessen Luftdruck nach Belieben gesenkt oder erhöht werden kann. Beeinträchtigt der verringerte Luftdruck die Arbeitsfähigkeit, so muß diese auch dann geschädigt werden, wenn die Versuchsperson zwar einem genügenden Sauerstoffverbrauch überlassen, aber einem übermäßig dünnen Gasdruck ausgesetzt ist. Die Versuchskammer wurde mit Sauerstoff von 240 und 170 Millimeter Quecksilberdruck angefüllt. Da es reiner Sauerstoff war, konnte der Mensch bequem darin atmen. Nur war der Gasdruck weit unter dem, der den empfindenden Menschen arbeitsunfähig macht. Wie erging es der Versuchsperson? Sie atmete und arbeitete ohne Beeinträchtigung — ein Beweis, daß nur der Sauerstoffmangel den Menschen in größerer Höhe ohnmächtig macht.

Topfucker nach 2000 Jahren.

Was kochte man in der Steinzeit? — Sklaven als Kattelenfutter? — Kulturgeschichte der Küche.

Es war für den Historiker, der amüsiert sein wollte, immer reizvoll, nachzuforschen, was die Menschen in fernen Zeitaltern gegessen und getrunken haben. Soweit nicht beglaubigte und glaubhafte Berichte ferner Völker selbst vorlagen, mußte man zu feineren Forschungsmethoden greifen, die denn auch zum Teil unerwartetes ergaben und veranlaßten.

Wie schwierig solche Nachforschungen sind, kann man an einem Beispiel aus allerjüngster Zeit erkennen. Bei Herkheim im Ried bei Koroing wurden unlängst bei Grabungen zwei uralte Topfscherben gefunden, die Prof. Johannes Grün als aus der Neolithikum stammend erkannte. Die Scherben waren also zeitaufwändig von Jahren alt. Die mikroskopische und chemische Untersuchung ließ Spuren von Emmerkorn sowie Brauntobensplinter von Tannenholz erkennen.

Es ergab sich also die hochinteressante Tatsache, daß die Menschen in jener arfernen Zeit bereits gemahlenes Korn kannten. Bei den Ueberresten schien es sich um einen Korndruck zu handeln, der über einem Feuer aus Tannenholz gebacken worden muß. Wie ungeheuer wichtig solche Untersuchungen sind, erhellt daraus, daß die obige Analyse den Schluß zuläßt, daß die Neolithiker entgegen anderen Vermutungen überhaupt Ackerbauern gewesen sind.

Nicht immer geht die Untersuchung natürlich auf so ferne und entlegene Zeitalter zurück. Andere liegen uns auch näher, so zum Beispiel die Frage: was die alten Germanen aßen und tranken. Bei Tacitus heißt es, daß sie viel Fleisch aßen und Met tranken. Ausgrabungen haben erwiesen, daß der Küchenzettel der alten Germanen bei weitem reichhaltiger gewesen ist, als man früher annahm. Sie kannten zum Beispiel verschiedene Arten des Fleischzubereitens, sie brieten es nicht nur, sie kochten es auch und daraus kann man schließen, daß sie auch die Zubereitung von Fleischbrühen kannten. Auch Wurzel- und Kräuteruppen kannten sie und wie feindsig sie waren, kann man unter anderem daran erkennen, daß sie aus ihnen unsagbar sauren Holzäpfeln einen den Berichten nach ganz annehmbareren Met zu brauen verstanden.

In Pompeji und neuerdings auch in Herkulanum kann der fremde Besucher die tiefen Fleischbrühen bestaunen, die die reichen Römer ausschließlich für ihre Küchenwede anlegen ließen. Besonders Makrelen wurden hier gehalten, viele tausende auf einmal und, allerdings unverbürgt, Uebertreibungen zufolge soll man



die und da einen Sklaven in das Bassin geworfen haben, um die Makrelen besonders schmackhaft zu machen.

Pompeji ist für alle Küchenzettelhistoriker ein unerlöschlicher Fundort. Die Lavastrophe, die ursprünglich über die unglückliche Stadt hereinbrach, hat alles aufs trefflichste konserviert. Ganze Gastmähler konnte man rekonstruieren mit all ihren Gängen und Zwischengetrieben, denn alles wurde von der Lava so zugedeckt, wie es im Moment der Katastrophe stand und lag.

Rechtlich interessante Forschungen konnte man bei der Ausgrabung Trojas durch Schliemann und seine Nachfolger machen. Die Gastmähler und Gelage, die Homer so anschaulich beschrieben hat, fanden so Jahrtausende später ihre Bestätigung.

Es ist keinesfalls unwichtig, zu wissen, was Menschen anderer Kulturen vor uns gegessen haben. Daß sie sehr oft besser, reichhaltiger und raffinierter als wir gegessen haben, müssen wir hinnehmen.

Gerichtssaal

In Frankreich abgestraft — in Prag neuerlich vor Gericht.

Ein Raubprozeß mit tristem sozialen Hintergrund.

Prag, 11. November. Das heutige Schwurgericht verhandelte eine nicht alltägliche Sache. Angeklagt ist der 24jährige Josef Bisek, der im Jahre 1928 als Bergarbeiter im lothringischen Kohlenrevier arbeitete. Die Anklage legt ihm das zweifach begangene Verbrechen des Raubes zur Last, nebst Uebertretung des Diebstahls. Für die begangenen Straftaten hat der Angeklagte bereits in Frankreich eine dreizehnmönatliche Gefängnisstrafe verbüßt. Da aber der Staatsbürger angeklagt der im Ausland erlittenen Strafolgen nach der Bestrafung der inländischen Gerichte unterworfen bleibt, kam die Sache neuerlich vor dem hiesigen Kreisgericht zur Verhandlung.

Es war eine Gerichtsverhandlung ohne Zeugen und ohne authentisches Beweisverfahren. Als Beweismittel dienten die überlieferten Protokolle der französischen Justizbehörden. Der Sachverhalt wirkt kein günstiges Licht auf die sozialen Zustände unter der Arbeiterchaft jener Kohlengebiete. Bekanntlich haben die Grubenherren in jenem letzten Jahr der Konjunktur maßenhaft Arbeitskräfte aus dem Ausland herangezogen, vor allem Tschechen und Polen. Man braucht sich nicht lange den Kopf darüber zu zerbrechen, warum die patriotischen französischen Bergwerksbesitzer ihren Bedarf an Arbeitskräften lieber aus dem Ausland deckten, als im sonst heilgeheiligten Vaterland. Es liegt auf der Hand, daß die moralische Verfassung einer wohllos zusammengewürfelten und nicht immer aus den besten Elementen zusammengesetzten Arbeiterchaft nicht gerade musterhaft sein kann. Und sicherlich bei dieser Punkt im Kalkül der französischen Kohlenmagnaten eine Rolle gespielt.

Der angeklagte Josef Bisek, der in der Stadt Perriere auf Etanges arbeitete, ist seinerzeit zu 13 Monaten Gefängnis verurteilt worden, weil er in Gemeinshaft mit einem gewissen Franz Pawoln und einem Johann Bizzozzi drei andere Kameraden beraubt und bestohlen hatte. Auch die Rot, in der diese Delikte begangen wurden, ist bezeichnend für das Milieu, in welchem diese Sache spielt. In der Nacht vom 8. auf den 9. September 1928 kam die Nacht auf den 9. September und nach den Ausgrabungen der Anklage Bisek mit den beiden anderen Mittätern einen betrunkenen Bergarbeiter namens Jales Duval auf der Straße liegen. Die Akeren über ihn her, schlugen ihn Mutig und beraubten ihn seiner ganzen Habe. Er war armfellig genug, ein Messer, eine Rikelfuhr und 80 Franken. Bisek setzte sich dem Angefallenen auf das Gesicht und plünderte im Verein mit den Spickweissen die Taschen des Kameraden.

Als sie nach vollzogener Tat weitergingen, fanden sie einige Meter weiter einen anderen Betrunknen im Straßengraben liegen. Dilem ging es nicht besser. Er wurde gemüßigt um einige Lebensmittel (Salami und Brot) und ein Bündchen Tabak beraubt, vor allem aber nur seine Pfeife mit 120 Franken. Aber nicht genug damit. Nach einer Weile trafen sie auf einen dritten Betrunknen, der seinen Rucksack im Straßengraben ausgeliegt. Sie richteten ihn auf und führten ihn freundlichst zu seiner Wohnung. Nachher schickte ihm eine Briefstache mit 200 Franken.

Bisek hatte seinerzeit gestanden, später aber sein Geständnis widerrufen. Seine Spickweissen aber belasteten ihn und bezeichneten ihn als den Anführer und Haupttäter. Man fand bei ihm auch verschiedene corpora delicti. Er erhielt, wie erwähnt, 13 Monate.

Im Gegenlag zum französischen Gesetz gehört bei uns der vorliegende Tatbestand vor das Forum des Schwurgerichtes. Der Angeklagte lagerte auch bei der heutigen Hauptverhandlung. Als Beweismittel fungierten die französischen Akten. Die Geschworenen waren jedoch der Ansicht, daß die verübten dreizehn Monate Strafe genau seien und verzichteten mit acht Stimmen die Schuldfragen auf Raub. Von der Anklage wegen des letzten Falles, der die Uebertretung des Diebstahls beinhaltet, trat der Staatsanwalt während der Verhandlung zurück. Das Gericht (S. A. Redved) fällt demnach einen Freispruch.

